

# **1**

---

## **Aktuelle gesellschaftliche Phänomene und Herausforderungen im Kontext von Schule**

Wenn wir einen Blick zurück auf die letzten dreißig Jahre gesellschaftlicher Entwicklungen werfen – also auf einen Zeitraum seit dem Mauerfall –, dann wird die Rasanz der Veränderungen überdeutlich. Dazwischen liegen, um nur ein paar Ereignisse zu nennen, die Anschläge auf die Twin-Towers in New York 2001, der Irak-Krieg 2003, die Finanzkrise 2008/09, die Aufdeckung der Mordserie des NSU 2011, der Syrienkrieg seit 2011, das Erstarken und die Niederschlagung des Islamischen Staates 2019, die Aufnahme einer großen Anzahl von Geflüchteten 2015, der Aufstieg einer populistischen und in Teilen rechtsextremen Partei wie der AfD

und die Corona-Pandemie seit 2020. Daneben spielen Entwicklungen wie die Digitalisierung und die Globalisierung eine zentrale Rolle. Insbesondere die Klimakatastrophe wirft ihre Schatten voraus. Ereignisse und Trends wirken sich mal mehr und mal weniger auf die Schule aus. Auch gibt es Phänomene von Gewalt und Macht, die schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden bestehen und auch ihren Niederschlag in der Schule finden.

In diesem Kapitel wird ein Überblick über die unterschiedlichsten Phänomene, die auf Schule wirken, gegeben, bevor in weiteren Kapiteln auf Gegenstrategien und Handlungsalternativen in der Schule eingegangen wird.

## **1.1 Corona und die Folgen**

Dieser Aspekt wird an den Anfang gestellt, weil die Corona-Pandemie für unsere jetzt lebenden Generationen etwas bisher nie Dagewesenes ist, einen zum Teil extremen Einschnitt in unser Leben darstellt und uns noch eine ganz Weile beschäftigen wird. Die Pandemie stellt die Schule vor enorme Herausforderungen. In der Schule hat der erste Lockdown im März/April 2020 zu großen Anstrengungen geführt, mittels virtueller Kanäle ein Minimum an Lernen aufrechtzuerhalten. Dabei wurden kreative Ideen entwickelt, und das virtuelle Lernen hat teilweise einen großen Schub erfahren. Es hat sich dabei aber auch gezeigt, dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in sehr große Schwierigkeiten gekommen sind, weil sie in der Regel, zu Hause meist in begrenzten Wohnverhältnissen lebend und technisch nur schlecht ausgestattet, nicht die Unterstützung hatten, die sie gebraucht hätten. Die soziale Kluft ist durch die Pandemie noch größer geworden. Leider haben das in der Lockdown-Zeit nur ein Teil der Schulen in der Form aufgefangen, dass sie diesen Schülerinnen und Schüler wie denen von Eltern aus sogenannten systemrelevanten Berufen

(Krankenschwestern, Ärztinnen, Zugführer) auch den Präsenzunterricht ermöglichten.

Gewalt hat unter diesen Umständen in einigen Familien zugenommen, und die psychischen Folgen für eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen sind noch nicht absehbar. Nicht nur die Schule als guter Lernort oder Schutzraum hat gefehlt, sondern der Verlust an sozialen Beziehungen war für etliche Kinder und Jugendliche schmerzlich. Zudem beschränkte sich das digitale Lernen meist nur auf die Fächer Deutsch, Mathe sowie Englisch und Prozesse sozialen Lernens fanden so gut wie nicht mehr statt. Auch das Thema Beteiligung wurde mehr oder weniger nicht beachtet.

»In einer bundesweiten Studie der Stiftungs-Universität Hildesheim und der Universität Frankfurt zu ›Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen‹ beklagen sich viele befragte Kinder und Jugendliche, dass es in dieser Zeit nur darum gegangen sei, Stoff zu lernen. Ihre Expertise und Lösungskompetenz sei nicht wahrgenommen und entsprechend abgerufen worden, und ihre Sorgen und Nöte wurden einfach nicht gesehen« (Kaletsch/Rademacher, 2020, 12).

Dies hatte zur Folge, dass die bei den Kindern und Jugendlichen aufgetretenen psychischen Belastungen und Traumata nicht gleich thematisiert wurden und zu einer entsprechenden Resilienzförderung führte.

Es wird deutlich, »dass die zur Verlangsamung der Pandemie getroffenen Maßnahmen eine Herausforderung für die Förderung eines demokratischen (Selbst-)Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen darstellen. Einzelne Lehrkräfte haben das erkannt und auch schon während des Lockdowns begonnen, in digitalen und analogen Settings Gelegenheitsräume zu entwickeln, die die Schüler\*innen aktiv einbinden und ihnen ermöglichen, Selbstvertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit (wieder) zu erlangen beziehungsweise sich als handlungskompetent und fähig zu erleben« (ebd., 12). Leider sind diese Lehrkräfte in einer deutlichen Minderheit.

Auch wurde in und nach den Sommerferien 2020 meist die Gelegenheit verpasst, um aus der Corona-Pandemie zu lernen und

neue Lernarrangements mit digitalen Elementen und mittels Peer-Education zu kreieren. Das führte und führt in der Regel dazu, dass versucht wurde, an die Situation vor Corona anzuknüpfen, und nicht bedacht wurde, dass die Infektionszahlen wieder ansteigen könnten. Zudem führten und führen die verschiedenen teils wöchentlich neuen Richtlinien der Kultusministerien zu Unsicherheiten und damit zu einer deutlichen Überlastung und Müdigkeit der Lehrkräfte. Anstatt im Lehrplan wie gewohnt fortzufahren, wäre es sinnvoll (gewesen), dass die Lehrerkollegien sich hätten »Auszeiträume« in gemeinsamen Konferenzen nehmen sollen, um grundsätzlich zu überlegen, wie das Lernen neu auszurichten sei.

»Der Risikoforscher Gerd Gigerenzer plädiert für ein grundlegendes Umdenken. So sollten wir uns vom Glauben verabschieden, dass sich die Zukunft stets aus den Trends der Vergangenheit ableiten lasse, und das schon in der Schule üben: Statt Schülern jeweils die ›richtige‹ Antwort auf bekannte Probleme vorzugeben, müsse man ihnen stärker beibringen, ›mit unsicheren Situationen umzugehen und kreative Lösungen für offene Zukunftsfragen zu finden‹. Die Corona-Pandemie sieht der Risikoforscher geradezu als ›Lehrstück, um das Leben mit der Ungewissheit zu üben‹« (Zeit, 17.9.2020).

»Für die Gestaltung von Schule als ein Ort der Sozialisation und Kultur brauchen Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit, um sich der Schulentwicklung zu widmen. Inklusion, Vielfalt, Differenzierung, sprachliche und politische Bildung, Digitalisierung – all dies braucht die Aufmerksamkeit von Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam diskutieren, verhandeln, besprechen und ausprobieren müssen« – so die Erkenntnis einer Schulleiterin aus Frankfurt a. M. (Gölitzer, 2020). Ziel müsste es insofern sein, die Krise als Chance für neue Formen des Lernens im Sinne von Kompetenzerwerb im fachlichen und sozialen Sinne und nicht der Wissensanhäufung zu nehmen. Und es gilt nachdrücklich, sich um die Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Familien zu kümmern und Strategien zu entwickeln, wie die Defizite, die in der Corona-Zeit entstanden sind, ausgeglichen werden können. Einhergehen sollte das mit der Verstärkung der Vermittlung sozialer Kompetenzen.

Es gibt gute Materialien, wie man als Lehrkraft mit der Corona-Pandemie umgehen kann. Auch wenn beim Erscheinen dieses Buches die Pandemie vermutlich abgeebbt sein wird, hat diese Erfahrung unser Leben nachhaltig beeinflusst. Auszuschließen ist außerdem nicht, dass es zukünftig ähnliche Krisensituationen geben wird, die wiederum die Schule herausfordern werden. Daher sind grundsätzliche Überlegungen hilfreich, wie sie das Projekt »Zusammenleben neu gestalten« der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), Landesverband Hessen, angestellt hat (► Kap. 4)

## 1.2 Verschwörungsideologien

Corona hat Verschwörungsideologien mobilisiert, die sich u. a. im digitalen Netz und in den Querdenken-Demonstrationen manifestieren.

»Sie lassen sich von Erkenntnissen über die Wirklichkeit, die nicht in ihr Bild passen, nicht beirren, sondern nehmen die Wirklichkeit nur entlang ihrer eigenen Voraussetzungen, also sehr selektiv, wahr. Was nicht ins Bild passt, wird passend gemacht, ausgebendet oder als ›Lüge‹ abqualifiziert« (Zusammenleben 2020, 37). Mit Falschbehauptungen und verkürzten Informationen wird die Pandemie geleugnet, und es finden sich Menschen unterschiedlicher politischer Richtungen zusammen. Die Schule wird von solchen Meinungen und Gedanken nicht verschont. Es gibt Eltern und andere Erwachsene, die die Pandemie leugnen und Konstrukte bedienen, dass hinter der Pandemie einzelne Menschen wie Bill Gates stünden, oder es gibt Zuschreibungen wie das »China-Virus« (vom ehemaligen US-Präsidenten Trump erfunden). Auch in einem Titelbild des Magazins Spiegel wurde diese verzerrte Zuschreibung aufgenommen, in dem ein gelb gekleideter

Mensch mit Hygiene-Ausrüstung und dem Titel »Corona-Virus – Made in China« veröffentlicht wurde.

Die genannten Phänomene werden in einer oder anderen Form auch in der Schule sichtbar. Sie gehen oft einher mit Hass und Hetze im digitalen Netz. Insofern ist insbesondere der Erwerb von Medienkompetenz erforderlich. Darauf zu reagieren betrifft nicht nur Lehrkräfte aus den Fächern Informatik und politische Bildung, sondern alle Lehrkräfte sind hier gefragt (vgl. auch Politische Bildung, Heft 4/17). Das Deutsche Kinderhilfswerk hat am 5.11.2020 darauf mit einem Aufruf »Instrumentalisierung von Kindern durch ›Querdenken 711‹ verhindern« reagiert, weil diese mit deutschlandweiten Aktionen gegen das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung in Schulen agitieren wollte bzw. es tat.

Grundsätzlich ist es notwendig, sich in der Schule mit diesen Verschwörungsiedologien auseinanderzusetzen, das Thema nicht zu übergehen, sondern diese Herausforderung zum Anlass zu nehmen, sich mit Themen wie der Bedeutung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem Wahrheitsgehalt von Informationen im Netz, aber auch in anderen Medien kritisch zu beschäftigen.

## 1.3 Antisemitismus

Nicht erst seit dem antisemitischen Anschlag auf die jüdische Synagoge in Halle an Jom Kippur – dem höchsten jüdischen Feiertag – am 9. Oktober 2019 ist das Thema Antisemitismus in Deutschland sehr stark in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Auch in den Schulen ist das Thema sehr virulent und verdient große Aufmerksamkeit.

In den letzten Jahren nehmen in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden einen Anstieg des Antisemitismus wahr. »Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland sind im Jahr 2018 um 70 % gestiegen« (Bernstein 2020, 11). Insofern ist Antisemitismus

ein ernst zu nehmendes Problem und wirkt nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den Schulen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, spricht davon, dass »die Gesellschaft ... infiziert mit Antisemitismus« ist. (Klein, 2020). Dass Antisemitismus – teils gepaart mit Verschwörungsideologien – ein sehr herausforderndes Phänomen ist, wird in der Politik allgemein konstatiert. Es lässt sich auch an den Querdenken-Demonstrationen aufzeigen, die sich gegen die Corona-Maßnahmen richten, bei denen immer wieder antisemitische Verschwörungsideologien geäußert werden.

»Das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen oder Parteien wie Pegida bzw. die AfD und rechtspopulistischer Einstellungsmuster führt z. B. dazu, dass die erinnerungspolitischen Standards, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen Deutschlands und das Gedenken der Opfer der Shoah, öffentlich hinterfragt werden. ....« (Bernstein 2020, 12).

Deshalb ist es notwendig, sich mit der Thematik in der Schule genauer zu beschäftigen und weitere Quellen heranzuziehen. Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – dessen Arbeitsdefinition die Bundesregierung sich 2017 angeschlossen hat – definiert Antisemitismus folgendermaßen:

»Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen« (Website IHRA – Aufruf am 14.7.2021).

Weiter heißt es dort:

»Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass »die Dinge nicht richtig laufen. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift

und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- ◆ Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- ◆ Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder die Macht der Jüdinnen und Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Jüdinnen und Juden.
- ◆ Das Verantwortlichmachen der Jüdinnen und Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Jüdinnen und Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nichtjüdinnen und Nichtjuden.
- ◆ Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
- ◆ Der Vorwurf gegenüber den Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- ◆ Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- ◆ Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- ◆ Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- ◆ Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christusmordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- ◆ Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.

- ♦ Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.« (IHRA – Aufruf am 14.7.2021)

Der größte Anteil an Äußerungen manifestiert sich im Israel bezogenen Antisemitismus. Dieser zeichnet sich insbesondere durch »*doppelte Standards* in der Bewertung Israels oder israelischer Politik ... (und von) *Dämonisierungen* zum Zwecke der *Delegitimierung* Israels« aus. »Diese als die 3-Ds bekannten Kriterien dienen dafür, eine Kritik an israelischer Politik von Antisemitismus zu unterscheiden. Wenn ein Kriterium erfüllt ist, handelt es sich um Antisemitismus« (Bernstein, 2020, 65).

Mittlerweile gibt es Kritik an der Definition der IHRA, weil diese »teils auch missbraucht (wird), um eine freie und ehrliche Diskussion über Israel und Palästina zu verhindern« (Goldberg 2021). Einige Forscher, die sich intensiv mit Antisemitismus, Holocaust und verwandten Feldern befassen, haben daher über einen monatelangen Prozess eine »Jerusalem-Deklaration« verfasst, die mittlerweile von einer großen Zahl von Gelehrten unterschrieben wurde. Sie begründen ihre Initiative so:

»Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als ›Arbeitsdefinition‹ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärenteres Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird« (Jerusalem-Erklärung zum Antisemitismus vom 26.3.2021).

Die Erklärung hat ferner das Ziel, ein Bündnis mit antirassistischen Bewegungen zu stärken sowie Meinungsfreiheit und einen offenen Diskurs zu schützen. In 15 Leitlinien wird beschrieben, was Antisemitismus ist und was nicht ([www.jerusalemdeclaration.org](http://www.jerusalemdeclaration.org)).

In der pädagogischen Arbeit plädieren Meron Mendel und Tom Uhlig dafür, »zunächst ein Bewusstsein herzustellen, Antisemitismus als solchen zu erkennen, dafür zu sensibilisieren und zwar im

doppelten Sinne: zum einen in der unmittelbaren Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und – was bisweilen vergessen wird – Erwachsenen« (Mendel/Uhlig 2020, 251). Antisemitismus wird als solcher häufig nicht erkannt. Wenn Lehrkräfte bzw. Pädagog:innen Antisemitismus nicht erkennen und nicht klar mit Bezug auf Demokratie und Menschenrechte zurückweisen, dann ergeben sich Gewöhnungseffekte, und für Betroffene wird es schwer, sich an Lehrkräfte zu wenden. Dabei ist auch zu bedenken, dass nicht alle Schüler:innen sich selbstverständlich in allen Aspekten ihrer Identität zeigen. Deshalb wird häufig davon ausgegangen, es gebe keine jüdischen Schüler:innen in der Schule. Ein Selbstverständnis von Schule als Ort der pluralen Gesellschaft sollte aber auch immer davon ausgehen, dass es von Antisemitismus Betroffene im Raum gibt, auch wenn sie nicht sichtbar sind. Antisemitismus sollte unabhängig davon, ob Betroffene sichtbar sind oder nicht, immer problematisiert werden, wenn er sich äußert. Wenn Betroffene das erleben, dann steigt auch ihr Vertrauen, sich bei antisemitischen Vorfällen an die Lehrkraft zu wenden.

Bezogen auf die Schule stellt sich die Frage, wie es kommt, »dass ein eklatantes Unwissen über Antisemitismus unter Schüler\*innen und Lehrer\*innen vorherrscht, dass ›Du Jude‹ in unterschiedlichen Variationen zu den populärsten Schimpfwörtern auf dem Schulhof gehört, Antisemitismus im Allgemeinen häufig nicht erkannt und in der Folge nicht zum Gegenstand pädagogischer Intervention wird?« (Bernstein 2020, 14). Es wird deutlich, dass hier eine große Aufgabe besteht, ein anderes Bewusstsein zu entwickeln und deutlich zu reagieren. »Es geht darum, als Lehrkraft dem Antisemitismus in allen seinen Formen entgegentreten zu können und ein Verständnis für die Betroffenen zu entwickeln« (ebd., 24). Im Sinne des »wehret den Anfängen« ist zu konstatieren, dass »keine Diskriminierung, und auch nicht Antisemitismus, ... mit Hass an(fängt), sondern mit negativbehafteten Kategorien, Pauschalisierungen, Stereotypen, Vorurteilen, Skepsis und Vorsicht, Ignoranz, emotionaler Abneigung, einer unterschwellige Abwertung oder einer unreflektierten Nutzung alltagssprachlicher Schmähungen« (ebd., 21).